

KunstRaumRhein
ddproduction

Herausgeber
Dorothee Deimann
Simon Mugier

Entgegensprechen Teil 3

Texte zu Menschenwürde und Menschenrecht

Wirtschaft trifft Soziales
Grundeinkommen

edition gesowip

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografi-
sche Daten sind im Internet unter
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar*

Cover und Lektorat: Dorothee Deimann
Layout und wiss. Mitarbeit: Simon Mugier
Fotos: Madlen Didier

Erste Auflage

Alle Rechte vorbehalten
Basel 2013
© by edition gesowip Basel/Switzerland

ISBN 978-3-906129-87-7

Inhalt

Vorwort	8
----------------	---

I. Texte zum Grundeinkommen

Peter Ulrich	
Sozialer Fortschritt in der Bürgergesellschaft	
Horizonte einer zivilisierten Marktwirtschaft	13
Paul Mackay	
Wirtschaft trifft Soziales	
Handout zum Podium im Gundeldinger Casino vom 30.6.2006	35
Götz W. Werner	
Das gesellschaftliche Bewusstsein folgt dem individuellen	
Zur Aktualität der Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens	39
Ursula Piffaretti	
Volksinitiative Grundeinkommen	
Mut zum Paradigmenwechsel	45
Dorothee Deimann	
Volksinitiative Grundeinkommen	
Bericht zum Podium am Goetheanum	53
Paul Mackay	
Gerechter Preis und Grundrente	
Zur Idee des Grundeinkommens	61

Rudolf H. Strahm
Ein süßer Traum
Kritik zum bedingungslosen Grundeinkommen 65

Bijan Kafi
Die unerhörte Provokation der Freiheit
Warum das bedingungslose Grundeinkommen ein neues
Menschenbild fordert und was das für die Gesellschaft
bedeutet 79

II. Soziologie und Wirtschaft

Ueli Mäder und Hector Schmassmann
Flexibilisierung und Prekarisierung
97

Theodor Leuenberger
Time for a two speed union?
Europa Weiter Denken 123

III. Beiträge von Studierenden zum Thema: Politische Ökonomie

José Colón
**Grundprämissen
der Wirtschaftswissenschaften**
Eine Hinterfragung 141

Hugo Hanbury
Probleme des Wachstums
Perspektiven zur Postwachstumsgesellschaft 169

Max Kehm	
Kooperation	
Ökonomischer Faktor zwischen Markt und Staat	183
Rashid Abed	
Was tun mit ungenutztem Vermögen?	
Der Fall Apple Inc.	193
Mervan Karakurt	
Notwendige strukturelle Veränderungen im globalen Wirtschaftsgefüge	
Ein Abriss	205
Florian Simon	
Internet und neue Öffentlichkeit	
Gegen die Ökonomisierung der Massenmedien	211
Milan Büttner	
Aufruf zur Wertschöpfung	
Zum Vortrag von Paul Mackay	225
Personenverzeichnis	233

Flexibilisierung und Prekarisierung

Die einen haben keine Arbeit, andere haben Stress mit unterbezahlter oder mit zu viel hektischer Arbeit. Gesundheitliche Folgen zeugen davon. Die Prekarisierung und Flexibilisierung der Erwerbsarbeit kennzeichnen deren aktuelle Dynamik.

Es ist noch gar nicht so lange her, zu Beginn der 1970er Jahre, kurz vor dem Ende der «fordistischen» Prosperität, da registrierte die Schweiz insgesamt rund hundert Arbeitslose. Vollbeschäftigung schien damals selbstverständlich zu sein. Die Schweiz importierte sogar massenweise Arbeitskräfte aus dem Süden. Das änderte sich aber schon bald mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er und 1980er Jahre. Tausende von Werkträgern verloren ihre Anstellungen. Strukturelle Arbeitslosigkeit meldete sich zurück. Sie verbreitete sich trotz steigendem Reichtum weiter. Dies auch aus politischen Gründen.

Wandel der Erwerbsarbeit

Seit Ende der 1980er Jahre führen Prozesse der Deregulierung und Liberalisierung auf europäischer und internationaler Ebene zur Expansion von Finanzmärkten. Dadurch sind wichtige Veränderungen in den Beziehungen zwischen Unternehmen, Staaten und Finanzmärkten in Gang gekommen. Während früher der Grundsatz galt: Die Finanzsphäre soll der Realwirtschaft dienen, ist es heute gerade umgekehrt: Der Finanzmarktkapitalismus überlagert die Realwirtschaft,

die er immer mehr dominiert. Er legitimiert die zunehmende Kluft bei den verfügbaren Einkommen und bei den Vermögen. Das Kapital scheint viel wichtiger zu sein als die Arbeit. Was zählt sind die rasche Verwertung und hohe Profite. Das geht selbst einzelnen politisch Liberalen zu weit. Sie plädieren dafür, den Faktor Arbeit wieder stärker zu gewichten. Das sehen auch Gewerkschaften so. Ihnen schwebt aber kein Come back der Marktwirtschaft vor. Sie drängen viel mehr darauf, die Erwerbsarbeit besser zu verteilen und zu entlohnen. Dafür engagieren sich ebenfalls empörte Arbeitslose sowie erwerbstätige Arme (Working Poor), die viel arbeiten, wenig verdienen und sich radikalisieren. Im Kontext der Boni-Kultur verkehrt sich bei etlichen Resignation in eine Wut, die dazu führen kann, sich stärker für eigene Interessen einzusetzen. Nebst der Integration in die Erwerbsarbeit wollen sie vor allem mehr demokratische Partizipation und soziale Teilhabe in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen.

Heute arbeiten in der Schweiz rund drei Millionen Personen Vollzeit. Hinzu kommen noch einmal halb so viele, die Teilzeit erwerbstätig sind. Sie haben in den letzten dreissig Jahren von rund einem Viertel auf einen Drittel zugenommen. (BFS 2012) Unter ihnen sind Frauen besonders häufig vertreten. Immer mehr Erwerbstätige verrichten eine Arbeit, die nur sehr beschränkt ihren Qualifikationen entspricht. Das gilt auch für viele, die eine Hochschule abschliessen. Sie nehmen weniger anspruchsvolle Arbeit an, «um wenigstens irgendwie unterzukommen». (Berthoud 2012) Atypische Beschäftigungsformen verbreiten sich vor allem unter Jugendlichen. (Polito 2012) Ein Drittel aller temporär Arbeitenden in der Schweiz sind unter 26 Jahren alt. Diese Altersklasse stellt zehn Prozent aller Erwerbstätigen. Rund ein Zehntel von ihnen gilt, vorsichtig veranschlagt, als prekär beschäftigt. (Seco 2010) Und die prekräre Arbeit steigt weiter an. (UNIA 2012) Hinzu kommen vermehrte Schichtarbeit sowie längere Öffnungszeiten in den Einkaufsläden.

Darunter leiden die Gesundheit und das soziale Leben vieler Arbeitnehmenden. (Cirigliano 2012) Betriebe weiten ihre Arbeitszeiten oft aus, ohne die Arbeitsstellen zu erhöhen. Damit verschärfen sie den Arbeitsdruck und die Konkurrenz. (Flügel 2012/Regotz 2012)

Strukturelle Arbeitslosigkeit

Seit Mitte der 1970er Jahre steigt die Arbeitslosigkeit strukturell an. Sie verändert sich von einem Randphänomen, das vorwiegend bestimmte Arbeitskategorien betrifft, zu einer weit verbreiteten und diffus erscheinenden Bedrohung. Selbst wenn sich die Arbeitslosigkeit dauerhaft verfestigt, ist sie schwierig zu fassen und von Kontroversen begleitet. So etwa über die Zahl der Arbeitslosen sowie über die Wirksamkeit der Beschäftigungspolitik, über die Methoden der Stellensuche sowie über die Eigenverantwortung von Arbeitslosen. Die Debatten zeugen von anhaltender Verunsicherung über die Bedeutung, das Ausmass und die Risiken der Arbeitslosigkeit. Sozialwissenschaftliche Analysen versuchen, vorhandene Paradoxien zu verstehen. Sie erhellen, wie Grenzen der Arbeitslosigkeit verlaufen und sich verschieben. Sie dokumentieren auch, dass Arbeitslosigkeit kein geschlossenes System ist. Nebst Menschen und Familien, die ihre Betroffenheit und psychischen Verletzungen zuweilen sogar selbst tabuisieren, prägt sie die Gesellschaft stärker als gemeinhin wahrgenommen.

Qualitative Studien rücken nun vor allem betroffene Personen in den Vordergrund. Sie beleuchten biographische Verläufe sowie persönliche Lebensbedingungen und Erfahrungen bei der Stellensuche; zum Beispiel mit Institutionen und Dispositiven, die für das Betreuen und Beraten von Arbeitslosen zuständig und relevant sind. (Magnin 2005) Weitere Studien befassen sich mit verschiedenen Leistungen, die Arbeitslose in Anspruch nehmen können. (Lindenmeyer/Wal-

ker 2010) Sie beschäftigen sich zudem mit den Zugangsmechanismen zum Arbeitsmarkt und mit den Beziehungen von Arbeitslosen zu Fachpersonen für die Arbeitsintegration. Diese Studien verdeutlichen aus unterschiedlichem Blickwinkel, dass Arbeitslosigkeit nicht einfach ein Saldo zwischen Arbeitskraftangebot und offenen Stellen ist, sondern eine gesellschaftliche Konvention, die Menschen betrifft, kategorisiert und stigmatisiert. Um nun dem Phänomen der Arbeitslosigkeit näherzukommen, legen wir zunächst statistische Angaben dar.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf sämtliche Kategorien der erwerbstätigen Bevölkerung ausgebreitet. Das Ausmass ist allerdings recht ungleich verteilt. Die Erwerbslosenquote beträgt nach der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (gemäss SAKE 2012) 4,2 Prozent. Bei den Männern sind es 4,1 Prozent, bei den Frauen 4,4 Prozent. Die Quote sinkt mit zunehmendem Alter. Sie beläuft sich bei den unter 25-jährigen auf 8,3 Prozent und reduziert sich auf 4,5 Prozent bei den 25- bis 39-jährigen und auf 3,4 Prozent bei den 40- bis 64-jährigen. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen sind zwischen 25 und 54 Jahre alt. Der Anteil der jüngeren Arbeitslosen macht einen Viertel aus, jener der älteren (zwischen 55 und 64 Jahren) einen Zehntel.

Das Ausbildungsniveau hat ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitslosenquote. Sie ist bei den Erwerbsfähigen ohne postobligatorische Ausbildung mindestens doppelt so hoch wie bei jenen mit einem Abschluss auf der Tertiärstufe. Ein weiterer Faktor ist die Migration. Von den Beschäftigten ohne Migrationshintergrund sind 3,1 Prozent arbeitslos. Die Quote steigt bei jenen mit Migrationshintergrund auf 8,1 Prozent. Hinzu kommen regionale Unterschiede. In der Zentralschweiz liegt die Arbeitslosenquote bei 2,4 Prozent, im Tessin bei 7,3 Prozent.

Die Wahrscheinlichkeit, wieder eine Beschäftigung zu finden, ist ebenfalls sehr verschieden. Zu den Langzeitarbeitslo-

sen gehört, wer 12 Monate oder länger keine Anstellung findet. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen beträgt 35 Prozent. Bei Langzeitarbeitslosen ohne Migrationshintergrund macht er 32 Prozent aus, bei jenen mit Migrationshintergrund 37 Prozent, bei den Frauen mit Migrationshintergrund sogar 43 Prozent. Die Migration und das Geschlecht beeinflussen also die Wahrscheinlichkeit eines längeren Verbleibens in Arbeitslosigkeit. Hinzu kommen weitere Faktoren wie die Haushaltszusammensetzung, die Ausbildungsstufe, die Dauer der Arbeitslosigkeit, die Nationalität, die Höhe der Arbeitslosenentschädigung, die Grösse der Wohngemeinde sowie spezifische Umstände, die zur Arbeitslosigkeit geführt haben,.

Gesundheitlicher Stress

Arbeitslosigkeit erhöht die Morbidität und Mortalität sowie den Bedarf an ärztlicher Versorgung. Das Risiko, schwer zu erkranken, vorzeitig zu sterben, einen Unfall zu erleiden oder Gewalt zu erfahren, ist für Arbeitslose und Arme in jeder Lebensphase signifikant höher. Bei der Gesundheit zeigt sich ein sozialer Gradient: Je niedriger die soziale Schichtzugehörigkeit, desto grösser die Krankheitslast. Im Unterschied zu vergleichbaren Gruppen von Beschäftigten machen Erwerbslose häufiger Suizidversuche. Lebenspartnerinnen und Kinder zeigen mit zeitlicher Verzögerung ähnliche psychische Reaktionen. Infektionen und chronische Erkrankungen häufen sich. Arbeitslosigkeit und Armut erhöhen das Risiko – von der Karies bis zu Aids. Die Lebenserwartung sinkt von der obersten zur untersten Einkommensschicht. Sie weisen auch eine deutlich höhere postnatale Sterblichkeit von Säuglingen auf, zudem eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle als bei andern Kindern. Arbeitslosigkeit und Armut machen krank. Und umgekehrt. Krankheit macht arm und arbeitslos.

Das psychische Wohl leidet aber auch bei vielen Beschäftigten. Nur 13 Prozent der Arbeitnehmenden geben in der Schweiz an, keinen beruflichen Stress zu spüren. (Seco 2011) 86 Prozent berichten über Stress, der sich allerdings kompensieren lasse. 34 Prozent fühlen sich häufig oder sehr häufig gestresst. In den letzten Jahren haben sich offenbar auch die Arbeitsausfälle aufgrund psychischer Erkrankungen erhöht. (BSV 2011) Sie werfen die Frage nach sozialen Bedingungen psychischer Belastungen auf. Einzelne Berichte in den Medien sprechen mögliche Zusammenhänge sehr direkt an. «Patient Seele» titelt beispielsweise «Der Spiegel» (1/2012). Er verweist darauf, wie das hektische Leben am Limit gerade auch bei Ärzten und beim Pflegepersonal zunehmend zu Burnout führe. Stress mit der Arbeit erscheint als Volkskrankheit mit erheblichen psychischen Folgen. «Das Magazin» beschreibt den «König Krebs» sogar als pathologischen Spiegel unserer eigenen Existenz. (Hafner 2012: 26) Und laut «TagesWoche» erkrankt in der Schweiz jede fünfte Person im Laufe ihres Lebens an einer klinisch relevanten Depression. (Winter 2012: 6) Soweit einzelne Befunde. Sie weisen darauf hin, wie Belastungen mit der Arbeit die Gesundheit beeinträchtigen können. Das zeigt sich auch bei Depressionen. (Ehrenberg 2004) Sie häufen sich bei niedrigen Einkommen und bei Arbeitslosen, aber auch bei besonders Tüchtigen. Zudem gilt die Depression seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als ein weit verbreitetes Symptom für die Schwierigkeit, sich selbst zu sein. Mit fehlenden Sicherheiten und dem schwindenden Einfluss bedeutender Institutionen, die – wie Familie und Schule – zentrale Normen und Werte vermitteln, ist das Individuum zum eigenen «Meister seines Schicksals» geworden. Es scheint fast allein für die Erfolge in seinem Leben und auch dafür verantwortlich zu sein, ob und welche Arbeit es hat. Wer arbeitslos ist, leidet damit, obwohl strukturell bedingt, umso mehr unter

der Zuschreibung, selber schuld zu sein (Ingenkamp 2012; Mäder/Schmassmann 2012; Summer 2008).

Die Definition psychischer Erkrankungen wie Burnout und Depression ist ein ständiger Ort von Interessenkonflikten. Im September 2008 führte das französische Meinungsforschungsinstitut IFOP bei 1001 Mitarbeitenden und 604 Personalverantwortlichen eine interessante Umfrage durch. Die Mitarbeitenden nannten folgende Gründe für die Beeinträchtigung ihrer psychischen Gesundheit: erstens mangelnde Anerkennung, zweitens die Erhöhung der Arbeitsbelastung, drittens zunehmende bürokratische Kontrolle von Arbeit, viertens Sorgen um die berufliche Zukunft und fünftens abnehmende Solidarität unter den Arbeitskollegen. Die befragten Personalverantwortlichen erwähnten hingegen «Probleme im Privatleben» als wichtigsten Grund. So erweist es sich in der Praxis als schwierig, die Wahl oder den Erfolg einer bestimmten Krankheitsbezeichnung zu benennen, ohne gleichsam das gesellschaftliche Umfeld und die konkreten Arbeitsbedingungen zu präzisieren. Denn zahlreiche Faktoren sind von grosser Bedeutung: so zum Beispiel die Berufskultur, in der eine Offenheit für die praktische Anwendung psychologischen Wissens vorhanden ist. Wichtig sind auch die Art und der Grad der betrieblichen oder gewerkschaftlichen Organisation. Diese kann ebenfalls dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen zu humanisieren, statt soziales Leiden vornehmlich zu individualisieren.

Prekäre Arbeit

Der Begriff der Prekarität bezieht sich auf die Instabilität und die Fragilität von Situationen. Er reagiert auf die Verunsicherung gegenüber der Zukunft und bündelt eine Vielfalt von Risiken, die zur Armut und zur Exklusion führen können. Thomas Huonker (2012) bezeichnet das Neuwort Prekariat als Sammelname für all jene, meist jüngeren Arbeitskräfte,

die sich von einem schlecht bezahlten Praktikum ins andere hangeln. Sie arbeiten auf Abruf und besetzen Teilzeitstellen, die permanent anders verteilt, reduziert oder ganz abgeschafft werden können. Für viele Arbeitnehmende ist diese chronische Unsicherheit lebensprägend. Sie wird auch oft als Scheinselbständigkeit getarnt. Es gibt jedenfalls, wie Huonker (ebd.) ausweist, eine wachsende Zahl von Beschäftigten, die, meist vom selben Arbeitgeber, nur noch temporär während einiger Monate angestellt werden, und dies über Jahre hinweg. Andere seien vorwiegend niedrig qualifizierte Arbeitskräfte, die permanent zwischen Arbeitslosigkeit und prekärer Anstellung hin- und herpendeln.

Eine Realität ist derzeit ein Arbeitsmarkt, der immer mehr Menschen ausschliesst. In diesem Kontext reicht die Prekarität weit über klar lokalisierbare Gruppen hinaus. Das Risiko zur Exklusion ist zwar ungleich verteilt. Die Prekarität erweist sich aber, wie Robert Castel (1995) überzeugend darlegt, als Querschnittsthema der Lohnarbeitsgesellschaft. Es bildet den Nährboden für ein neues Verhältnis zur sozialen Frage und unterscheidet sich grundlegend von jenem Phänomen, das die Zeit der «prosperierenden Nachkriegsjahre» kennzeichnete.

Prekarität ist mit einem Gefühl sozialer Unsicherheit verbunden, das sich unter vielen gesellschaftlichen Schichten und Klassen verbreitet und oft banalisiert wird. So scheint es fast paradox zu sein, die Frage nach Sicherheit und Geborgenheit in entwickelten Ländern wie den westlichen Wohlstandsgesellschaften zu stellen. Denn die meisten Menschen leben doch in relativ gesicherten Verhältnissen, die es zuvor kaum so gegeben hat. Handelt es sich also um eine exklusive Suche ohne Ende? Die Suche nach Sicherheit kann gewiss unterschiedlich motiviert sein. Und sie bringt mehr oder weniger gravierende Mängel, Entbehrungen und Frustrationen zum Vorschein. Die Verunsicherung hat aber viel damit zu

tun, dass soziale Verbindlichkeiten flexibilisiert werden. Sie dokumentiert, wie sich die «Sicherheitsgesellschaft» (Castel 2003) individualisiert. Die Moderne verliert den Boden, den sie sich selbst entzieht. Was das für einzelne Individuen bedeutet, hängt wesentlich von deren Ausstattung mit Ressourcen ab. Wer über wenig wirtschaftliches, soziales und kulturelles Kapital verfügt, hat mehr Mühe, sich zu schützen. Mit der Prekarität verbreitet sich ein diffuses Unbehagen. Pierre Bourdieu (1993) unterscheidet das «lagebedingte Elend» vom «positionsbedingten Elend». Mit Hilfe zahlreicher verstehender Interviews mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus stellt er fest, dass die aus alltäglichem Leiden resultierende «kleine Not» mit der Erfahrung von gesellschaftlicher Minderwertigkeit einhergeht und im Gefühl der Individuen zum Ausdruck kommt, innerhalb des jeweiligen sozialen Bezugsrahmen nicht genügend Anerkennung und Wertschätzung zu erfahren. Das positionsbedingte Elend (*misère de position*) bezieht sich auf die Perspektive jener, die es unmittelbar erfahren. Sie bleiben dabei in den Grenzen des Mikrokosmos gefangen. Und so erscheint das Elend zwangsläufig als «gänzlich relativ»; ja sogar als völlig unreal, wenn man es aus der Perspektive des Makrokosmos betrachtet. Und der Vergleich mit dem grossen lagebedingten Elend (*misère de condition*) wird häufig vorgenommen. Davon zeugen Redewendungen wie: Du kannst dich nicht beklagen. Oder: Es gibt Schlimmeres! Wer jedoch die grosse Not zum Mass aller Not erhebt, versagt sich, wesentliches Leiden wahrzunehmen und zu verstehen. Er übergeht ein Leid, das soziale Räume kennzeichnet. Und dies im Rahmen grosser Ordnungen, die unzählige «kleine Nöte» begünstigen. So nährt sich etwa die Furcht vor Exklusion von der Angst vieler Individuen, nicht mehr zu genügen, anerkannt zu sein oder sogar als minderwertig betrachtet und ganz ausgeschlossen zu werden.

Letztlich verweist die Prekarität auf zwei verschiedene Bedeutungen. Die erste ist der Mangel. Das Gefühl des Mangels bezieht sich auf das Nachlassen des Schutzes vor sozialen Risiken wie Armut und Arbeitslosigkeit. Die zweite Bedeutung verweist auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und dominante Formen der Herrschaft. Prekarität resultiert in der ersten Bedeutung aus dem Verlust sozialer Unterstützung. In der zweiten Bedeutung konstituiert sie sich aus einer gesellschaftlich zugeschriebenen Deklassierung. In dieser haben mannigfaltiges Leid und seelische Not ihren Ursprung. Dazu gehören der Verlust von Selbstvertrauen und das Gefühl von Nutzlosigkeit. In der einen wie der anderen Bedeutung handelt es sich um eine Bedrohung, die das Individuum und seine Angehörigen belasten. Beide Bedeutungen finden sich auch im Konzept beruflicher Prekarität. Wichtig ist dabei, ob das Verhältnis zur Beschäftigung oder das Verhältnis zur Arbeit als Grundlage der Analyse dient. (Paugam 2000)

Das Verhältnis zur Beschäftigung verweist auf die Absicherungslogik des Wohlfahrtsstaates; das Verhältnis zur Arbeit auf die produktive Logik der Industriegesellschaft. Die Arbeitnehmenden sind in einer prekären Lage, wenn ihre Beschäftigung unsicher wird und sie ihre berufliche Zukunft nicht mehr überblicken können. Das ist der Fall bei Beschäftigten, die nur einen befristeten Arbeitsvertrag haben, aber auch bei denjenigen, die permanent von Kündigung bedroht sind. Diese Situation kennzeichnet sich durch eine starke ökonomische Verwundbarkeit und eine partielle Einschränkung der sozialen Rechte, zumal diese Rechte zum grossen Teil auf einer festen Beschäftigung beruhen. Den Arbeitnehmenden kommt aus diesem Grund nur eine untergeordnete Position in den sozialen Statuspositionen zu, wie sie der Wohlfahrtsstaat hierarchisch definiert. In diesem Fall lässt sich von einer Prekarität der Beschäftigung sprechen. Die Lage der Arbeitnehmenden ist aber ebenfalls prekär, wenn

sie das Gefühl haben, dass ihre Arbeit nicht von Belang, schlecht bezahlt und innerhalb des Unternehmens wenig anerkannt ist. Erfährt ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Produktion keine Wertschätzung, entwickeln sie das Gefühl, mehr oder weniger unnütz zu sein. In diesem Fall lässt sich von einer Prekarität der Arbeit sprechen. Diese beiden Dimensionen der Prekarität sind eng miteinander verknüpft und auch gemeinsam zu untersuchen. Sie verweisen auf tiefgreifende Wandlungen des Arbeitsmarktes und auf strukturelle Entwicklungen der Arbeitsorganisation, die Menschen auch mehr Flexibilität abverlangen.

Neue Prekarität

Die «finanzgetriebene Landnahme» hat eine historisch neue Form der Prekarität hervor gebracht und den fordistischen Typ der Lohnarbeit verdrängt. (Dörre 2009) Diese neue Form der kapitalistischen Landnahme beschreibt Konturen, die marktbegrenzende Institutionen und Regulationssysteme umformt, aushöhlt und schwächt. Eine erste Form von Prekarität entstand bereits zuvor durch die frühkapitalistische Lohnarbeit. Sie vereinnahmte die Werktätigen, bevor sie aus Gewohnheit und Erziehung die Anforderungen der neuen Produktionsweise als natürlich erachteten. Das wirtschaftliche System benötigte eine subproletarische Reservearmee. Und die qualifizierten Fachkräfte konnten sich zunächst über diese Prekarität erheben. Eine gewisse Entprekarisierung brachte dann die fordistische Landnahme. Sie überlagerte gewachsene Sozialbeziehungen mit wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen. Das Regime der organisierten Zeit integrierte und disziplinierte die arbeitende Klasse. Die Vollbeschäftigung kam mit eher marginaler Prekarität aus. Der florierende Kapitalismus schien keine Reservearmee mehr zu benötigen, behandelte allerdings immer wieder die Frauen als solche. Schon bei den rezessiven Einbrüchen

der 1970er- und 1980er-Jahre häuften sich Bilder von der lieben Mutter, die am Herd die Suppe für ihre Kinder kocht. Heute ist die fordistische Gestalt mit eher marginaler Prekarität weitgehend passé. Seit den 1970er-Jahren setzte sich vor allem die finanzgetriebene Landnahme durch. Sie verbindet die Kapitalakkumulation mit flexiblen Produktionsmodellen. Die finanzgetriebene Landnahme privatisiert die marktformige Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Solidarprinzip. So ist ein Regime der kurzzyklischen Zeit entstanden. Dörre verortet hier eine wesentliche Ursache für die neue Prekarisierung. Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind zu Restgrößen verkommen. Sie werden flexibel an fremd bestimmte Auftragslagen angepasst. Geplante Gewinnmargen geben den Ton an. Finanzmarkt und Prekarität sind somit zwei Seiten einer Medaille. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen entspricht dieser Logik. Auch der Staat hat sich an dieser Landnahme zu orientieren. Er tut dies beispielsweise, indem er die öffentlichen Verwaltungen nach Prinzipien des New Public Management konzipiert. Ein neuer Geist des Kapitalismus kennzeichnet die finanzgetriebene Landnahme. Er ideologisiert die Freiheit als Restrukturierung im Namen von Eigenverantwortung. In Deutschland haben allerdings, so Klaus Dörre, wie in der Schweiz die Mehrzahl der Beschäftigten noch formal geschützte Arbeitsplätze. Gleichwohl vollzieht sich ein Übergang von marginaler zu disqualifizierender und diskriminierender Prekarität. Die Prekarisierung ist je länger desto weniger eine Exklusion sozial Randständiger. Sie äussert sich vielmehr in drei Strukturformen. Am unteren Ende befinden sich erstens die Überzähligen. Dazu gehören vor allem die Arbeitslosen. Die Ausgrenzung vollzieht sich nicht aus der Gesellschaft, sondern innerhalb der Gesellschaft. Von den so beschriebenen Überzähligen lassen sich dann zweitens jene Prekarisierten unterscheiden, die als Leiharbeitende eine unsichere, niedrig entlohnte Arbeit haben.

Eine versteckte Form von Prekarität existiert drittens innerhalb formal noch sicher Beschäftigten. Sie müssen ständig fürchten, ihren Status ebenfalls zu verlieren. Zunehmend gefragt ist eine Flexibilität. Zum Hintergrund gehört das Verständnis einer Individualität, die zunehmend zur Fragilität verkommt.

Fragile Individualität

Die Begriffe Individualität, Individualisierung und Individualismus sind heute verbreitet. Der soziologische Gehalt bezieht sich vorwiegend auf das emanzipatorische Ausbrechen aus traditionellen Zwängen. Er unterscheidet sich von der moralischen und methodologischen Bedeutung. Die moralische stellt das Individuum prinzipiell über das Kollektiv. Die methodologische favorisiert das Individuum als kleinste Analyseeinheit in einem Nutzen optimierenden (Forschungs-)Kalkül. Der Individualismus verabsolutiert die Individualität. Und die Individualisierung bezeichnet den Prozess, in dem sich das Individuum als Subjekt konstituiert. Dieser Prozess wird weithin mit Demokratie und Markt assoziiert. Theorien der Individualisierung verbinden sich mit Erzählungen der Moderne. Dabei lassen sich zwei Phasen unterscheiden. Die erste Phase bezieht sich auf Prozesse der mechanischen Beschleunigung im Kontext der Industrialisierung; die zweite mit der reflexiven Moderne, die antizipiert, was sich künftig ereignen könnte. Die Individualisierung soll Individuen helfen, sich aus kollektiven Zwängen und positionalen Zuschreibungen zu befreien. Sie bringt jedoch viel Ungewissheit, Fragilität und unfreiwillige Selbstverantwortung mit sich. Die postulierte Flexibilität verlangt eine hohe Bereitschaft, sich dem Wandel der Arbeit anzupassen und ständig neue Risiken einzugehen.

Soziologe Richard Sennett (1977) kritisiert, wie aus der fragilen Individualität eine «Tyrannei der Intimität» re-

sultiert. Die gesellschaftliche Öffentlichkeit und kollektive Arbeitsvereinbarungen verlieren an Bedeutung. Der Historiker und Philosoph Christopher Lasch (1979) skizziert ein «Zeitalter des Narzissmus», das permanent flüchtige Menschen der Illusion überlässt, fremd bestimmte Arbeits- und Lebensarrangements selbst zu kreieren. Das Individuum erscheint als modernes, westliches Konstrukt. Finanzkapitalistische Bedingungen prägen eine marktgläubige Normativität. Diese kontrastiert das mündig emanzipierte weltbürgerliche Individuum im Kontext der Globalität. Laut normativer Marktgläubigkeit dynamisiert die soziale Ungleichheit den Wandel der Arbeit und der Gesellschaft. Diese Konzeption banalisiert, was die unterschiedliche Ausstattung mit Ressourcen mit sich bringt. Wer über viel Kapital verfügt, kann sich auf dem Arbeitsmarkt einfacher gelassen und flexibel verhalten. Wer keine Reserven hat, flüchtet eher nach vorn – von einem Grashalm zum andern. Und weil sich viele Menschen so verhalten (müssen), sind offenbar immer neue Formen der Überwachung und der sozialen Kontrolle nötig, die das Konstrukt des Individuums weiter relativieren. (Mäder et al. 2012)

Imperativ der Flexibilität

In westlichen Ländern müssen Menschen heute möglichst bereit sein, sich jederzeit einem ständigen Wandel anzupassen. Flexibilität setzt sich als neuer ökonomischer Imperativ durch. Im Kapitalismus des späten 20. Jahrhunderts weiten sich Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung und Minijobs aus. Dies geschieht im Rahmen «neuer unternehmerischer Freiheiten». Das Aufweichen vertraglicher Vereinbarungen soll die Effizienz der Produktion erhöhen. Privilegierte würdigen die Flexibilität als unternehmerische Innovation und Emanzipation von bürokratischen Zwängen. Eine Flexibilisierung von Arbeit und Beschäftigung, die keiner kollekti-

ven Steuerung unterliegt, schränkt jedoch soziale Regulationen, Sicherungen und gewerkschaftlichen Einfluss ein. Sie wirkt sich auch auf die psychische Belastung und seelische Gesundheit von Arbeitnehmenden aus. Einseitig Abhängige verlieren so viel Boden unter den Füßen.

Zygmunt Bauman und Ulrich Beck, zwei Theoretiker der «reflexiven und flüchtigen Moderne», stellen das Thema Flexibilität in das Zentrum ihrer zeitdiagnostischen Beschreibung des gesellschaftlichen Wandels. Das ist kein Zufall. Sie legen Analysen vor, die von aufwühlender Ausdruckskraft sind. Auch Richard Sennett (1998), der Leute aus dem Hightechsektor in den USA interviewt hat, kommt zu dem Ergebnis, dass die Identität der Arbeitnehmenden weltweit bedroht ist. Er wendet sich gegen neue Formen des Kapitalismus. Und er wirft diesem Regime auch vor, ein höheres Mass an Flexibilität zu verlangen. In ganz Europa findet das Thema der zerstörerischen Auswirkungen der Flexibilisierung grosse Resonanz. Auch, weil so genannt normale Arbeitsverhältnisse erodieren und sich mit der sozialen Verunsicherung die (Angst vor der) Prekarisierung weiter verbreitet.

Mit «Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung» bezeichnen Robert Castel und Klaus Dörre (2009) die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Sie beschreiben die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, an der unzählige Menschen in westeuropäischen Ländern leiden. Bis Mitte der 1970er Jahre profitierten die Lohnabhängigen vom sozialen Kompromiss des industriellen Kapitalismus. Seither sind die Individuen immer mehr auf sich selbst gestellt. Sie leben «von der Hand in den Mund» und bangen um ihre Zukunft. Die Erwerbstätigen erfahren, wie sich die Arbeitsorganisation individualisiert. Die verordnete Flexibilität führt zu quasi planwirtschaftlichen Transformationen. Castel (2009) bezeichnet das sukzessive Abhängen als «kollektive Entkopplung». Betroffene reagieren darauf mit Ressentiments.

Dieses gemeinsame Merkmal reicht aber nicht aus, um eine widerständige Kultur zu begründen. Auch, weil sich die Flexibilität – je nach beruflicher Tätigkeit – recht unterschiedlich auswirkt.

Doppelcharakter der Autonomie

Autonomie beinhaltet die Möglichkeit, selbst bestimmt zu handeln. Autonomie gilt als Synonym zu Unabhängigkeit. In der Soziologie ist der Begriff umstritten. Auch, weil ihn neoliberale Konzepte als «Selbstregulierung» hoch halten. In Studien zur Arbeitssoziologie stellt die Autonomie ein zentrales Konzept dar. Es wendet sich gegen die Unterordnung der Menschen unter ausbeuterische Arbeitsbedingungen, würdigt aber auch neue effiziente Produktionsformen. Jean-Daniel Reynaud (1989) sieht die Autonomie als Möglichkeit einer sozialen Regulation. Individuen handeln autonom, um sich – nicht nur in der Arbeit – der Abhängigkeit heteronomer Kontrollsysteme zu entziehen. Sie tun dies, indem sie selbst versuchen, normative Regulationssysteme zu kontrollieren und eigene Ansprüche durchzusetzen. Dabei scheint es möglich zu sein, Eigenständigkeit und Effizienz offensiv miteinander zu verknüpfen. Reynaud (ebd.) diskutiert, wie die von Arbeitnehmenden angestrebte Autonomie in der Lage sein könnte, die kontrollierende Autonomie der Unternehmen zu unterlaufen oder zu relativieren. Arbeitnehmende könnten so mit eigenen unternehmerischen Regeln die Regulierung der Unternehmen teilweise aushebeln und, indem sie selbst handeln, ihre Autonomie wahren. Andere Ansätze halten es für unmöglich, von Autonomie in der Arbeit zu sprechen. Dies allein schon deshalb, weil sich die berufliche Tätigkeit im Rahmen von Arbeitsbeziehungen vollzieht, die hierarchische Unterordnungen darstellen. Und dies in einem Umfeld, das durch weitere Regeln organisiert, kontrolliert und strukturiert wird.

Béatrice Appay (2005) schlägt den Begriff «kontrollierte Autonomie» vor. Dieser beschreibt eine Paradoxie des Handelns. Das Individuum ist einerseits aufgefordert, seine berufliche Laufbahn frei zu entscheiden. Andererseits schränken äussere Arbeitsbedingungen diese Wahl erheblich ein. «In den so genannten ‚fortgeschrittenen‘ demokratischen Gesellschaften werden die Individuen aufgefordert, flexibel und leistungsfähig zu sein, Verantwortung – ob gewollt oder nicht – zu übernehmen, d.h. sich verantwortlich zu fühlen für ihre Zukunft und ihre Lebensverhältnisse, obwohl ihr Platz in der Gesellschaft durch zunehmende Prekarisierung in Frage gestellt ist.» (Appay, 2005: 161) Die Paradoxie liegt einerseits in dieser leisen, unter der Oberfläche schlummernden Gewalt des «Diktats des Erfolgs» und andererseits im Fundament von Werten wie Autonomie, Wertschätzung des Individuums, Kommunikation, Partizipation und Kooperation, Gerechtigkeit und Solidarität.

Integration und Ausschluss

Wir untersuchten in einer früheren Studie (Mäder et al. 1991) die Dynamik zwischen Integration und Ausschluss. Damals überwog der Eindruck, die Working Poor seien dank Erwerbstätigkeit relativ gut integriert. Sie bräuchten, so nahmen wir an, vorwiegend mehr Geld, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. In unserer späteren Studie über die Working Poor (Kutzner et al. 2004) stellen wir indes eine Kumulation sozialer Problemlagen fest, die sich mit anhaltender Abhängigkeit ergibt und selbst bei zunehmender Erwerbsintegration gleichzeitig gegenläufige Ausschlusstendenzen verstärkt. Wir analysierten die soziale Lage von 260 aktuellen und 140 ehemaligen Working Poor. Von Letzteren erzielten rund 25 Prozent mehr Einkommen dank einer Weiterbildung. Weitere 25 Prozent erhöhten ihr Salär, weil sie zusätzliche Jobs zu vorwiegend prekären Arbeitsbedin-

gungen annahmen. Noch einmal 25 Prozent stabilisierten ihre Situation über eine Sozialversicherung (AHV, IV). Die restlichen 25 Prozent steigerten ihr Einkommen durch die Veränderung der Lebensform, beispielsweise durch Heirat (mit Doppelverdienst) oder durch endende Unterstützungs-pflichten (Auszug von Kindern). Etliche konnten sich auch deshalb finanziell verbessern, weil sie in kleinere, günstigere Wohnungen (in Quartieren mit Luftverschmutzung, viel Verkehr und Lärm) zogen.

In einer weiteren Studie (Kutzner et al. 2009) untersuchten wir die Politik der Sozialhilfe. Deren Fokus richtet sich inzwischen wieder stärker auf Sozialhilfeabhängige, die noch intakte Chancen haben, im ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Diese erhalten weniger Mittel für den Grundbedarf, aber mehr Geld, wenn sie ihre Erwerbsintegration ausdehnen. Die finanziellen Anreize erweitern dann den Handlungsspielraum und die Autonomie, was etliche Sozialhilfeabhängige schätzen. Sie fühlen sich, vom unternehmerischen Geist beseelt, stärker beachtet und akzeptieren dafür mögliche finanzielle Einbussen. Andere Sozialhilfeabhängige fühlen sich durch die privatisierten Risiken mehr gestresst. Sie erleben unter diesen Bedingungen selbst die erfolgreiche Erwerbsintegration als Ausschluss. Auch, weil diese Integration primär im prekären Niedriglohnsektor stattfindet, was soziale Beziehungen belastet und zu einem Ausschluss durch Integration führen kann. Eine zweite Gruppe bilden Personen, die noch für den zweiten, geschützten Arbeitsmarkt oder für Gegenleistungsmodelle infrage kommen. Bei den Gegenleistungen hängt die Unterstützung von der Bereitschaft der Arbeitssuchenden ab, eine sozial, kulturell oder ökologisch relevante Arbeit zu verrichten. Dabei geht es oft um soziale Disziplinierung (Mäder et al. 2012) und darum, irgendwelche Arbeiten zu verrichten, egal ob sie sinnvoll sind oder Gefahr laufen, mit niedrigen Löhnen vereinbarte Standards zu unterlaufen. Als dritte

Gruppe kommen Sozialhilfeabhängige hinzu, bei denen die soziale Integration im Vordergrund steht. Sie erhalten das Geld, ohne sich für irgendwelche Tätigkeiten bewerben zu müssen. Einzelne beschreiben dies als Vereinfachung, da sie nun mehr das tun können, was sie gerne tun. Der Ausschluss aus der Erwerbsarbeit fördert perspektivisch ihre soziale Integration. Andere suchen verzweifelt einen «richtigen Job». Sie wehren sich gegen die vorgenommene Kategorisierung, die sie als Stigmatisierung erleben.

Widerständige Perspektiven

Soziologe Loïc Wacquant (2009) deutet Revolten von (jugendlichen) Arbeitslosen als Folge gebrochener Herzen. Er beschreibt den Fluch, innerhalb einer reichen Gesellschaft überzählig zu sein. Die soziale Polarisierung dürfte sich nach seiner Wahrnehmung weiter verschärfen und in heftigeren Aufständen ausdrücken. Nach unseren eigenen Studien ist das keineswegs ausgeschlossen. «Ich bin selber schuld, dass ich so wenig verdiene; ich hätte halt früher in der Schule besser aufpassen müssen», sagte uns eine allein erziehende Verkäuferin. Viele Working Poor fühlen sich relativ stark für Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Sie erweckten nach aussen den Anschein, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren. Etliche Anzeichen weisen jedoch darauf hin, dass sich resignative Haltungen teilweise in Empörung verwandeln. Das mag mit Informationen über abgehobene Managerlöhne und persönlichen Erfahrungen mit der Erwerbsarbeit zu tun haben. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Ähnliches zeigt sich bei Working Poor, die immer wieder von Einkommen lesen, die das eigene um ein Mehrfaches übersteigen. Und bei den Vermögern verhält es sich noch viel krasser. Ein Pro-

zent der privaten Steuerpflichtigen verfügen in der Schweiz über mehr Nettovermögen als der grosse Rest. (Mäder et al. 2010) Die Wut über soziale Gegensätze kann sich allerdings unterschiedlich auswirken. Sie kann sowohl die Bereitschaft fördern, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen, als auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnungsruhe mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben.

Ob nun am nächsten 1. Mai wesentlich mehr Arbeitslose und Working Poor an den Demonstrationen teilnehmen, ist fraglich. Auch der Aufstand der Marginalisierten dürfte noch weiter auf sich warten lassen. Umso wichtiger ist es, dass die bereits gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmenden sich vehement für Mindestlöhne und eine gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen einsetzen. Notwendig sind neue Formen der Solidarität und des Teilens. Das minimale Einkommen sollte mindestens ein Drittel des maximalen ausmachen. Zudem sind die Arbeitszeiten so zu verkürzen, damit möglichst alle ihr Auskommen über die Erwerbsarbeit finanzieren können. Das ist allerdings nur beschränkt möglich. Daher sind Arbeit und Einkommen teilweise voneinander zu entkoppeln. Die Grundsicherung liesse sich beispielsweise über den Ausbau der Ergänzungsleistungen auf alle Haushalte ohne ausreichendes Einkommen erreichen. Die reiche Schweiz kann sich das erlauben. Sie gibt, obwohl der gesellschaftliche Reichtum weiter zunimmt, seit dem Jahr 2004 weniger Anteile des Brutto-Inlandproduktes für die soziale Sicherung aus. Die Sozialleistungsquote sank von 22,3 Prozent (2005) auf 20,5 Prozent (2008). Und selbst im schwierigsten Jahr (2009) überstiegen die Einnahmen (150 Mrd. Franken) die Ausgaben (133 Mrd. Franken). Das weist das Bundesamt für Sozialversicherung (2011) deutlich aus. Die soziale Sicherheit trägt sich selbst. Dieser Befund erstaunt; denn aktuelle Debatten erwecken den Anschein, die soziale Sicherheit liesse sich kaum mehr

finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen, wie die Renten rentieren und über Konsumausgaben viele Arbeitsplätze schaffen. Wobei die soziale Sicherung vor allem aus menschlichen Gründen wichtig ist, da sie insbesondere Schutz der Menschenwürde gewährleistet. Wer sich allerdings für den sozialen Ausgleich und Mindestlöhne engagiert, setzt sich leicht dem Vorwurf aus, namentlich Arbeitsplätze (mit geringer Wertschöpfung) zu vernichten. Diese Argumentation spielt auch in der Vermögensdebatte mit. Wer stark progressive Tarife der Einkommenssteuer fordert, wird zuweilen bezichtigt, mit einer Reichtumssteuer die internationale Kapitalflucht und illegale Steuerhinterziehung anzukurbeln. Die hohen Einkommen entmutigen jedoch viele, die hart arbeiten und auf keinen grünen Zweig kommen. Zudem erhöhen die auf einen relativ kleinen Personenkreis konzentrierten Vermögen den einseitigen Einfluss von Wohlhabenden. Sie gefährden auch demokratische Prozesse. Einzelne Reiche weisen selbst auf diese Gefahren hin. Sie wollen mit einer freiwilligen Umverteilung den Arbeitsfrieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt festigen. Das ist erfreulich, aber wenig verlässlich. Die Existenzsicherung ist daher gesellschaftlich zu vereinbaren. Der Reichtum muss allen mehr zugute kommen. Einer Gesellschaft geht es gut, wenn es möglichst allen gut geht. Und daher ist es wichtig, nicht nur die Erwerbsarbeit besser zu verteilen und zu entlohnen, sondern auch die Mitbestimmung und demokratische Einflussnahme der so genannt Arbeitnehmenden zu stärken. Zudem gilt, auch immer wieder die Frage nach dem Sinn der Arbeit zu stellen. Es kann ja nicht einfach darum gehen, alles immer schneller drehen zu lassen und permanent Angst besetzt die Effizienz zu optimieren. Denn die Mehrheit der Arbeitenden geht einer Berufstätigkeit nach, weil sie ihnen der Selbstverwirklichung oder dem persönlichen Ansehen dient.

Literatur

- Appay, Béatrice, *La dictature du succès. Le paradoxe de l'autonomie contrôlée et de la précarisation*. Paris : L'Harmattan ; 2005.
- Bourdieu, Pierre (Hrsg.), *La misère du monde*. Paris: Le Seuil; 1993.
- Bundesamt für Statistik (BFS), *Regionale Disparitäten in der Schweiz*. Neuenburg: EDI; 2012.
- Bundesamt für Statistik (BFS), *Erwerbslosenquote (gemäss ILO) und Unterbeschäftigung gemäss SAKE*. Neuenburg: EDI; 2013.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), *IV-Statistik 2010*. Bern: EDI; 2011.
- Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/New York: Campus; 2009.
- Castel, Robert, *Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit*. In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/New York: Campus; 2009, p. 21-34.
- Castel, Robert, *Les métamorphoses de la question sociale: une chronique du salariat*. Paris: Gallimard; 1995.
- Castel, Robert, *L'insécurité sociale: qu'est-ce qu'être protégé ?* Paris: Le Seuil; 2003.
- Der Spiegel, Patient Seele, Wissen. Nr. 1, 2012.
- Dörre, Klaus, *Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus*. In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/New York: Campus; 2009, p. 35-64.
- Ehrenberg, Alain, *La fatigue d'être soi: dépression et société*. Paris: Odile Jacob; 1998.

- Haffner, Peter, König Krebs. Das Magazin. 2012; 9: 26-33.
- Kutzner, Stefan; Mäder, Ueli; Knöpfel, Carlo. Working poor in der Schweiz – Wege aus der Abhängigkeit. Zürich: Rüegger, 2004.
- Kutzner, Stefan; Mäder, Ueli; Knöpfel, Carlo; Heinzmann, Claudia; Pakoci, Daniel, Sozialhilfe in der Schweiz. Zürich: Rüegger, 2009.
- Ingenkamp, Konstantin, Depression und Gesellschaft. Zur Erfindung einer Volkskrankheit. Bielefeld: Transcript; 2012.
- Lasch, Chistopher, The culture of narcissism. American life in an age of dimishing expectations. New York: W.W. Norton; 1979.
- Lindenmeyer, Hannes; Walker, Katharina, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe: Zusammenarbeit RAV – Sozialhilfe. Bern: SECO; 2010.
- Mäder, Ueli; Aebersold, Peter; Mugier, Simon, Soziale Disziplinierung und Kontrolle. Basel: Gesowip; 2012.
- Mäder, Ueli; Jey Aratnam, Ganga; Schilliger, Sarah, Wie Reiche denken und lenken. Zürich: Rotpunktverlag; 2010.
- Mäder, Ueli; Schmassmann, Hector, Soziale Bedingungen psychischer Belastungen: Flexibilität, Individualität und Prekarität. Schweizer Archiv für Neurologie und Psychiatrie. 2012; 5: 187-191.
- Magnin, Chantal, Beratung und Kontrolle. Widersprüche in der staatlichen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit. Zürich: Seismo; 2005.
- Paugam, Serge, Le salarié de la précarité. Les nouvelles formes de l'intégration professionnelle. Paris: PUF; 2000.
- Reynaud, Jean-Daniel, Les règles du jeu. L'action collective et la régulation sociale. Paris: Armand Colin; 1989.
- SECO (Hrsg.) Sressstudie 2010. Stress bei Schweizer Erwerbstätigen. Bern; 2011.

Sennett, Richard, *The fall of public man*. New York: Knopf; 1977.

Sennett, Richard, *The corrosion of character. The personal consequences of work in the new capitalism*. New York: W.W. Norton; 1998.

Summer, Elisabeth, *Macht die Gesellschaft depressiv? Alain Ehrenbergs Theorie des «erschöpften Selbst» im Licht sozialwissenschaftlicher und therapeutischer Befunde*
Bielefeld: Transcript; 2008.

Wacquant. Loïc, *Die Wiederkehr des Verdrängten – Unruhen, «Rasse» und soziale Spaltung in drei fortgeschrittenen Gesellschaften*. In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/New York: Campus; 2009, p. 85-112.

Winter, Dani; Löw, Domo, *Die Krankmacher*. *TagesWoche*. 9.3.2012; 10: 6-9.

Internet

Berthoud, Jean-Michel (2012): *Eine Generation ohne Zukunft?* Erschienen am 1.5.2012 auf swissinfo.ch, in: www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/Eine_Generation_ohne_Zukunft.html?cid=32496454

Cirigliano, Luca (2012): *Kein Shoppen rund um die Uhr!* Erschienen am 17.9.2012 im SGB, in: www.sgb.ch/themen/arbeit/arbeitssicherheit-und-gesundheitsschutz/artikel/details/kein-shoppen-rund-um-die-uhr/

Flügel, Martin (2012): *Arbeitsmarkt. Noch mehr sonntags arbeiten? Nein Danke!* Erschienen am 13.6.2012, in *Travail.Suisse*, in: www.travailsuisse.ch/de/node/3200

- Huonker, Thomas (2012): Arbeitsbedingungen. Immer mehr Menschen arbeiten in prekären Verhältnisse. Erschienen in Panorama, Ausgabe 3/2012, in:
http://www.panorama.ch/dyn/1134.aspx?id_article=34
- Polito, Véronique (2012): Vor dem Sturm handeln. Zunehmend prekäre Anstellung von Jugendlichen. Erschienen am 28.6.2012 im SGB, in:
www.sgb.ch/themen/bildung/artikel/details/vor-dem-sturm-handeln/
- Regots, Kurt (2012): Sonntagsarbeit schafft keine neuen Arbeitsplätze, verschlechtert aber die bestehenden! Erschienen am 13.6.2012, in:
www.syndicom.ch/fileadmin/user_upload/Dokumente/Dossiers/Sonntag_Allianz/Syna_Regotz_d.pdf
- UNIA (2012): In Europa wächst die «Generation hoffnungslos» heran. Erschienen auf workzeitung, die Zeitung der Gewerkschaft am 7.6.2012, in:
www.workzeitung.ch/tiki-read_article.php?articleId=1677&topic=5